

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf der Aufgabenplanung 2014 bis 2017 der Deutschen Welle – Drucksache 18/2536 –

Stellungnahme der Bundesregierung

1. Rahmenbedingungen

Nach § 4 des Deutsche-Welle-Gesetzes sollen die Angebote der Deutschen Welle „Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache.“

Durch ihre journalistische Unabhängigkeit und innere staatsferne Verfasstheit verkörpert die Deutsche Welle ein Modell von Presse- und Informationsfreiheit, das weltweit für die demokratischen und freiheitlichen Werte Deutschlands einsteht und wirbt. Sie verbreitet Werte und Perspektiven, für die Deutschland als demokratischer Rechtsstaat steht wie Freiheit, Menschenrechte, demokratische Entwicklung. Sie vermittelt ein realistisches, facettenreiches Deutschlandbild und trägt damit zur Reputation Deutschlands in der Welt ebenso bei wie zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur.

Die Deutsche Welle muss diesen Auftrag in einem Umfeld erfüllen, das insbesondere von vier Parametern bestimmt wird:

Erstens wandelt sich durch den rasanten technischen Fortschritt weltweit die Art, wie Fernsehen und Hörfunk genutzt werden. Im Zuge der Digitalisierung und der zunehmenden Medienkonvergenz ist neben TV und Radio das Internet nicht nur als zusätzlicher Übertragungsweg, sondern als eigenständiges Kommunikationsmedium getreten. Audiovisuelle Inhalte und Radiosendungen werden über internet- und netzwerkfähige Fernsehgeräte, Computer und Mobiltelefone abgerufen und interaktiv in sozialen Netzwerken und Foren diskutiert. Gerade jüngere Nutzer orientieren sich kaum mehr an linearen Programmschemata, sondern erwarten, dass relevante Inhalte rund um die Uhr von sendereigenen Mediatheken oder kommerziellen Videoplattformen abrufbar sind. Das Nutzungsverhalten, der Grad der technischen Entwicklung und Ausstattung variieren wiederum je nach Region und Zielgruppe deutlich.

Zweitens steigt der Bedarf an verlässlichen, ausgewogenen, professionell recherchierten und aufbereiteten Medienangeboten in einer Vielzahl regionaler Krisenherde und Regionen, in denen etwa staatliche Zensur, manipulative Desinformationspolitik, mangelnde Medienvielfalt oder Repressionen gegen die freie Presse den Zugang zu freien Informationen deutlich erschweren.

Drittens hat sich das Wettbewerbsumfeld für die Deutsche Welle in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Immer mehr Staaten erkennen die Bedeutung medial vermittelter Kommunikation und investieren erhebliche Mittel in den Auslandsrundfunk. Neben den Auslandssendern Großbritanniens, Frankreichs und der USA streiten etwa auch die Auslandssender Russlands, Chinas und des Iran sowie die pan-nationalen Anbieter Euronews und Al Jazeera mit großem personellen und inhaltlichen Einsatz um die Aufmerksamkeit der Informationssuchenden.

Viertens stehen der Deutsche Welle durch die notwendige Konsolidierung des Bundeshaushalts nur begrenzte Mittel für einen weiteren Ausbau ihrer Arbeit zur Verfügung. Die Mittel konnten zwar in diesem Jahr erhöht werden, setzen aber gleichwohl Grenzen für den Handlungsspielraum, insbesondere in Bezug auf den Umfang der technischen, regionalen und sprachlichen Verbreitung der Deutsche Welle.

Die Deutsche Welle hat auf diese Herausforderungen bereits frühzeitig mit Programm- und Strukturreformen reagiert, um auch zukünftig auf den Medienmärkten mit attraktiven Angeboten präsent zu sein und die Zielgruppen entsprechend dem Auftrag mit Programmen zu versorgen. Mit der vorliegenden Aufgabenplanung setzt die Deutsche Welle diese Reformen auf ambitionierte Weise fort, in dem sie ihre Programmziele und Schwerpunktvorhaben entsprechend fokussiert.

2. Zentrale Ziele und Inhalte

Die Deutsche Welle will sich als globaler Informationsanbieter aus Deutschland mit hoher Regionalkompetenz positionieren. Programmlich im Mittelpunkt sollen relevante Informationen zur weltweiten Nachrichtenagenda stehen, die mit Hintergründen vertieft, aus deutscher und europäischer Sicht analysiert und eingeordnet werden. Die Relevanz und Reichweite soll in den Zielgruppen von 101 Millionen wöchentlichen Nutzerkontakten auf 150 Millionen gesteigert werden, um so eine Spitzenposition unter den Auslandssendern zu erreichen. Kernzielgruppe sollen Entscheiderinnen und Entscheider und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung sein. Daraus abgeleitet möchte sich die Deutsche Welle auf ausgewählte Zielregionen in Asien, Afrika, der arabischsprachigen Welt, Russland, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), Ukraine, Lateinamerika sowie einzelne europäische Staaten konzentrieren. Sprachlich soll der Fokus auf Englisch als „lingua franca“ der Hauptzielgruppe liegen, ebenso auf Deutsch und den Regionalsprachen für Zivilgesellschaften, in denen Englisch nicht so verbreitet ist.

Um dies umzusetzen, plant die Deutsche Welle insbesondere die Schärfung des journalistischen Profils, eine inhaltliche Ausrichtung auf Zielgruppen, die multimediale Planung und Umsetzung an den beiden Deutsche Welle-Standorten Bonn und Berlin, die Etablierung der Deutschen Welle als interaktiver Kommunikationspartnerin, die Ausweitung der Kooperation mit Inlandsrundfunkanstalten, die Vollendung ihrer bereits begonnenen Strukturreform zur Steigerung der Effizienz, die Steigerung der Verbreitung insbesondere über reichweitenstarke Partnersender sowie die mobile Nutzung des Online-Angebots.

Die Bundesregierung hält diese Ausrichtung für konsequent. Angesichts der weltweit veränderten Mediensituation muss die Deutsche Welle ihre Angebote anpassen, um ihren Programmauftrag mit begrenzten Mitteln auch künftig erfüllen zu können und auf den internationalen Medienmärkten präsent zu bleiben. Mit Blick auf die wachsende Konkurrenz zu anderen Auslandssendern begrüßt die Bundesregierung das Bestreben der Deutschen Welle, hinsichtlich Akzeptanz und Reichweite ihre Position im internationalen Vergleich zu verbessern. Wegen der begrenzten Mittel ist es zu begrüßen, dass die Deutsche Welle klare und nachvollziehbare Prioritäten setzt und ihre Kräfte bündelt. Sie kann nicht in allen Regionen, Sprachen und Zielgruppen gleichermaßen und mit gleichem Erfolg präsent sein. Die Konzentration auf Kernaufgaben, eine regionale Schwerpunktsetzung und der Fokus auf Englisch und Deutsch sind daher richtig.

Auch die Stärkung der Interaktivität und der Ausbau der Verbreitungswege sind wichtige Aspekte, um die Relevanz und Breitenwirkung des Angebots zu stärken.

Ebenso teilt die Bundesregierung die aus dem Evaluationsbericht 2013 gewonnene Schlussfolgerung, dass die Deutsche Welle eine deutlich stärkere inhaltliche Regionalisierung der journalistischen Angebote anstreben sollte. Das bedeutet, dass neben deutschen und europäischen Sichtweisen auch solche Themen abgebildet werden müssen, die für die jeweilige Zielgruppe vor Ort bedeutsam sind.

Die Ausrichtung hin zu einem Nachrichtensender ist insoweit konsequent, als das Programm aktueller werden soll. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass zum einen die internationale Konkurrenz durch private und öffentlich bzw. staatlich finanzierte Sender groß ist, zum anderen der Auftrag in § 4 des Deutsche-Welle-Gesetz ein breiterer ist. Dies bedeutet aus Sicht der Bundesregierung, dass auch Beiträge aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft gesendet werden sollten, und zwar nicht nur im Nachrichtenformat. Beispielsweise vermitteln

die aufwändig produzierten Dokumentationen von ARD und ZDF zu verschiedensten Themenfeldern ein umfassendes Deutschlandbild. Auch fiktive Programmteile können hierzu beitragen. Alleinstellungsmerkmale der Deutschen Welle sollten also neben Nachrichten Dokumentationen, Magazine und weitere Angebote zu den Themenfeldern Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft sein. Der gemeinsame Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin vom 13. Juni 2013, die Kooperation zwischen der Deutschen Welle und ARD, ZDF, Deutschlandradio zu verbessern und gegenseitige Programmübernahmen und Koproduktionen zu erleichtern, bietet vielfältige Möglichkeiten, um ein Programm zu gestalten, das den Anforderungen des Deutsche-Welle-Gesetzes gerecht wird.

Die vorrangig adressierte Zielgruppe der globalen Entscheider und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung ist vielschichtig und sollte aus Sicht der Bundesregierung je nach Zielregion offen und dynamisch definiert werden. Die deutsche Sprache muss Schwerpunkt neben Englisch bleiben. Dies verlangen das Deutsche-Welle-Gesetz und der Umstand, dass auch Deutsche im Ausland weiterhin eine Zielgruppe für die Deutsche Welle sind.

Zu prüfen ist aus Sicht der Bundesregierung, inwieweit das Medium Radio nicht auch noch außerhalb Subsahara ein adäquates und vergleichsweise günstiges Medium sein kann, mit dem beispielsweise in Großstädten im PKW auf der Fahrt zur Arbeit Menschen innerhalb der definierten Zielgruppen erreicht werden können.

Die Bundesregierung legt Wert darauf, dass bei allen strukturellen und programmlichen Umstrukturierungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle einbezogen werden.

3. Finanzieller Rahmen

Nach dem Deutsche-Welle-Gesetz sind der Deutschen Welle die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die es ihr ermöglichen, diejenigen Programme zu veranstalten, die unter Berücksichtigung der rundfunktechnischen Entwicklung zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Maßgeblich sind dabei die ihr durch die Bundesregierung jährlich mitzuteilenden finanziellen Rahmendaten sowie die von der Deutschen Welle in der Aufgabenplanung für den Planungszeitraum darzustellende Kalkulation der Betriebs- und Investitionskosten.

Um den Sender als Vermittler demokratischer Werte stärker als bisher in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken und ihn wettbewerbsfähig gegenüber anderen Informationssendern in den zuvor genannten Regionen zu machen, sieht die Deutsche Welle die Notwendigkeit von Investitionen. Diese würden einen nicht näher spezifizierten Mehrbedarf verursachen. Zudem erwartet die Deutsche Welle allein aufgrund aus ihrer Sicht unvermeidbarer Kostensteigerungen eine Unterdeckung.

Obgleich die Konsolidierungsbemühungen des Bundeshaushalts weiter anhalten, sieht die aktuelle Finanzplanung des Bundes für den Zeitraum der Aufgabenplanung erstmals seit Jahren eine Erhöhung des Bundeszuschusses vor. Die Bundesregierung erkennt damit ausdrücklich den Stellenwert der Deutsche Welle als mediale Stimme Deutschlands in der Welt an und nimmt die im Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode definierte Aufgabe, die Deutsche Welle dauerhaft und spürbar zu stärken, in Angriff.

Im Zuge der Aufgabenplanung werden jedoch weitere Sparanstrengungen unternommen, die Aufgabenplanung also an die finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Die Reform der Angebots- und Weiterverbreitungsstrategie ist dabei dringlich geboten; die Konzentration auf Kernaufgaben ist nach wie vor unverzichtbar.

